



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

An der Wiege des Königreichs Rumänien : Berichte des preußischen  
Spezialgesandten Freiherrn von Richthofen an Friedrich Wilhelm den  
Vierten

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## An der Wiege des Königreichs Rumänien

Berichte des preussischen Spezialgesandten Freiherrn von Richtigshofen  
an Friedrich Wilhelm den Vierten

Wir verließen den Freiherrn am 25. Januar 1857 in Konstantinopel (vgl. Heft 8 der Grenzboten d. Z.). Heute sind wir ihm nach Jassy gefolgt, woher er am 4. Mai 1857 den langen unten wiedergegebenen Bericht sendet. In der Zwischenzeit hat sich Richtigshofen in Wien und in der Walachei aufgehalten und dem Könige am 21. März und 7. April berichtet. Der Brief vom 7. April fehlt uns; wir wissen aber, daß der Gesandte darin meldet, wie auch in der Walachei die allgemeine Stimmung günstig für eine Union unter der Herrschaft eines fremden erblichen Fürsten ist. Der Brief vom März meldet den Versuch des englischen Vertreters, das preussisch-französische Einbernehmen zu „neutralisieren“ und die Forderung Rußlands an die Pforte, sie solle den Rest ihrer Truppen aus den Fürstentümern herausziehen. — Der heute veröffentlichte Bericht ist von hohem Interesse, weil er Schwierigkeiten beleuchtet, die gegenwärtig noch nicht überwunden sind und die daher die rumänische Politik im innern und äußern stark beeinflussen.

G. Cl.

Jassy, den 4. Mai 1857



Auf meiner Reise von Bukarest nach Jassy habe ich überall die unzweideutigsten Beweise des Wunsches einer Union unter einem fremden erblichen Fürsten aus allen Ständen erhalten. Die Bevölkerung, der Klerus und die Bojaren an der Spitze, drängten sich überall in den Orten, die ich passierte, zum feierlichen Empfange zusammen unter dem Rufe: „Es lebe der König von Preußen, von dem wir die Union und den fremden Fürsten erwarten!“ . . .

Bei meiner Ankunft in Jassy erwartete mich die Bevölkerung in dichten Massen, sowie eine große Anzahl von Equipagen, in denen sich die Damen und Herren aus den höchsten Ständen befanden, an der Barriere, und überschütteten meinen Wagen mit einem Blumenregen, indem man überall den vorgedachten Ruf erschallen ließ. Alles drängte sich an mich heran, mir die Hand zu schütteln, und ich hatte Mühe, mich durchzudrängen nach dem Staatswagen, in den man mich Platz zu nehmen, genötigt hatte.

Eine ganz ähnliche, warme Aufnahme war den Kommissären der Türkei, Frankreichs und Sardinien's zuteil geworden. Nur beim Eintritt des österreichischen Kommissärs war, wie ich nachmals hörte, der offizielle Empfang nur durch die Demonstrationen der österreichischen Schutzgenossen und einiger Neugieriger unterstützt worden.

Der russische und englische Kommissär sind in Bukarest zurückgeblieben.

Seit meiner Ankunft habe ich nunmehr die Besuche des Kaimakam, seiner Minister, des höchsten Klerus, der Bojaren und verschiedene zahlreiche Deputationen erhalten und diese Besuche erwidert.

Hierbei hat sich überall der grellste Gegensatz zwischen der Regierung des Landes und der Bevölkerung in allen Ständen herausgestellt . . .

#### A. Standpunkt der hiesigen Regierung

Der Kaimakam Bogorides ist, wie Euerer Königlichen Majestät bekannt, durch seine Stellung zu seiner Familie in Konstantinopel, namentlich zu seinem Vater, dem alten Intriganten bei der Pforte, Bogorides, früher Fürst (Gouverneur) von Samos, durchaus von der Pforte anhängig. Als ich vor zehn Jahren hier war, war er ein ganz unbedeutender Mensch eben eingewandert. Seine Schwester, die Frau des damaligen Gospodars Fürsten Sturdza, hatte ihn hierher kommen lassen, um ihn mit einer reichen Bojarentochter zu verheiraten, und durch diese Heirat und die erwähnte Verbindung erhielt er, unter Absehung von den gesetzlichen Erfordernissen, das Indigenat. Dessenungeachtet hat er sich stets den Traditionen seiner Familie gemäß, auch in äußerlich auffallender Weise, und mit Ostentation z. B. durch Tragung des Fez, als einen unmittelbaren Untertanen der Pforte geriert, und diese Umstände sind es, die die Wahl der Pforte zum Kaimakam auf diesen Mann, auf dessen ganze Gefügigkeit sie rechnen konnte, haben fallen lassen. Ich bedauere, diesem . . . Berichte keine Photographie des Bogorides beifügen zu können, durch welche diese auffallende Persönlichkeit mit ihrem zottigen Haupthaar, in ungewohnter Militärtracht mit seidenen Schuhen und Sporen daran, am besten illustriert werden würde.

Der Kaimakam nun, nahm in der Unterhaltung mit mir sofort darauf Bezug, daß zwischen den verschiedenen Mächten, und folglich auch zwischen den Kommissären eine vollkommene Verschiedenheit der Ansichten bestehe, daß diese notorische Verschiedenheit die lokale Regierung, was man auch sonst dagegen theoretisch sagen könne, in eine schwierige Lage setze, daß die Wünsche der Bevölkerung mit den Pflichten gegen die Pforte nicht in völligem Einklang stehen, daß dadurch die Aktion der Regierung bedingt werde, und daß die Anwesenheit der Kommissäre diesen Zwiespalt nunmehr völlig zutage gelegt und eine Agitation der Gemüter erzeugt hätte, die selbst die öffentliche Ordnung und Ruhe bedrohen könne.

Auf meine Frage, worauf sich seine Meinung von der Verschiedenheit der Ansichten der Regierungen und ihrer Kommissäre gründen, von der mir nichts bekannt sei, da vielmehr sämtliche Regierungen und folglich auch ihre Kommissäre zu einer vollkommenen Unparteilichkeit verpflichtet seien und es jetzt nur darauf ankomme, die Wünsche der Bevölkerung in bezug auf die künftige

Organisation in der dafür vorgeschriebenen legalen Weise zum unzweideutigen Ausdrucke kommen zu lassen, blieb er mir die Antwort schuldig.

In späteren Unterhaltungen äußerte er ganz unverhohlen, daß die Pforte ihm mitgeteilt habe, daß sie in der Union, und noch mehr in der Frage des fremden Erbfürsten eine Verletzung ihrer Suzeränitätsrechte finde, daß die Pforte dies auch in einem neuen Zirkular an die Mächte ausgesprochen habe, und daß er daher um so mehr gegen diese beiden Punkte wirken werde, als man anderseits — er deutete auf Frankreich und die Wirksamkeit des französischen Konsuls hier selbst — die Parteilosigkeit in bezug auf die erste Frage ganz beiseite gesetzt habe. Gegen die Wirksamkeit im unionistischen Sinne lasse sich nur durch eine Wirksamkeit im antiunionistischen Sinne mit Erfolg auftreten, und dadurch das Gleichgewicht wiederherstellen.

Der Kaimakam ging sogar so weit, durchblicken zu lassen, daß, wenn diese Wirksamkeit nicht zu seinem Ziele führe, und wenn der Diwan in der Moldau oder die vorhergehenden Wahlversammlungen sich mit der Frage der Union und des fremden Erbfürsten beschäftigen wollten, er zur Auflösung desselben, nötigenfalls mit Gewalt, schreiten würde.

Der Kaimakam glaubt hierzu um so mehr verpflichtet zu sein, als, wie er sagt, die Kombination der Union unter einem fremden Erbfürsten — und nur unter dieser Bedingung wolle man hier die Union — nach demjenigen, was die Großmächte oder wenigstens der überwiegende und vorzüglich maßgebende Teil derselben bereits unter sich vereinbart haben, schon von vornherein von den Betrachtungen ausgeschlossen sei, und somit nicht die allermindeste Aussicht auf Erfolg gewähre, ein Einschreiten gegen eine ganz erfolglose Aufregung daher um so mehr Pflicht der Regierung sei, denn die Aufregung bleibe im Lande, wenn nicht erfüllbare Wünsche nicht von vornherein unterdrückt würden.

Kurz zusammengefaßt ist der Standpunkt des Kaimakams folgender: unverhohlene Parteinahme gegen die Union mit allen Mitteln der Regierungsgewalt, ganz im Sinne der Pforte, Englands und Österreichs, deren Kommissionen den Kaimakam unstreitig von der Konzession unterrichtet haben, die Frankreich in bezug auf die Frage des fremden Erbfürsten gemacht haben soll, und auf welche ich späterhin in diesem Berichte noch ehrfurchtsvoll kommen werde.

Weit weiter in seinen Äußerungen ging der Präsident des Ministeriums, Minister des Innern Kostaki Catardgi, welcher mir geradezu sagte, daß die Anwesenheit der Kommissäre in der Moldau eine Störung der öffentlichen Ordnung und Ruhe im Lande bereits zur Folge gehabt habe, daß das Land dadurch revolutionär geworden sei und dieser Richtung durch die Kommissäre Vorschub geleistet würde, indem diese den Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung nicht abwehrten. Hierbei fiel ihm jedoch ein bei diesem Besuche zufällig anwesender anderer Beamter, der Chef des Unterrichtswesens mit der Bemerkung ins Wort, daß der Minister die Tatsachen völlig entstelle, daß nicht die mindeste Unordnung vorgefallen sei, daß, wenn dies je der Fall gewesen

wäre, sie durch den Minister selbst veranlaßt worden sei usw., und die beiden Beamten kamen so sehr aneinander, daß ich der Szene nur dadurch ein Ende machen konnte, daß ich sie beide mit der Bemerkung verabschiedete, daß ich dergleichen in meiner Gegenwart höchst unangenehm fände, und übrigens auch die Insinuationen des Ministers, welche die Kommissäre, meine Kollegen, indirekt der Aufregung des Volkes beschuldigten, gar nicht anhören wolle und dürfe.

Dieser Minister ist, wahrscheinlich wegen seiner Unbesonnenheit, und weil er auf eine plumpe Weise das System des Kaimakams exekutierte, eben abgesetzt und durch einen wegen seines unmoralischen Wandels berüchtigten, aber klügeren Bojaren, Basil Ghyka ersetzt worden.

Der Postelnik (Minister der auswärtigen Angelegenheiten) Paul Balsche, den ich aus meiner früheren Wirksamkeit hieselbst kenne, stellte die Bitte an mich, ihm zu sagen, ob ich glaubte, daß die Union unter einem fremden erblichen Fürsten eine Möglichkeit sei? Ich konnte hierauf nur erwidern, daß in dieser Hinsicht alles auf die Divans ankommen werde, vor deren Zusammentritt sich hierüber nichts sagen ließe. Aber wenn die Divans sich dafür aussprechen, was glauben Sie denn? fragte er weiter. Ich konnte ihm nur eine evasive Antwort geben, und er erwiderte darauf, daß ihm einige Kommissäre ganz bestimmt gesagt haben, die Union mit einem fremden Fürsten sei eine Chimäre, und es werde daraus nichts, und da die anderen ihm nur evasiv antworten, so halte er dafür, daß die Sache keine Chancen habe, und da dies der Fall sei, so halte er die Haltung der Regierung dem erfolglosen Bestreben der Union gegenüber nicht nur gerechtfertigt, sondern selbst geboten.

Die übrigen Minister des Kaimakams nahmen im allgemeinen eine schüchterne, und in keiner Weise prononcierte Haltung ein, und vermieden es sichtlich, auf die politische Frage näher einzugehen.

Wie es übrigens mit dem moralischen Werte des Ministeriums des Kaimakams steht, dafür brauche ich nur ein kleines Beispiel anzuführen. Als ich bei Madame Balsche, der Gattin des gedachten Postelniks, ebenfalls einer alten Bekanntschaft von früher, meinen Besuch machte, kam sie mir mit den Worten entgegen: „Ich bin wahrlich beschämt, Sie hier, als die Frau eines Ministers begrüßen zu müssen, unter einer Regierung, die aus Räubern, Dieben, Fälschern und notorischen Vaterlandsverrätern besteht, und von denen sich mein Mann schon längst losgesagt hätte, wenn er nicht glaubte, durch sein Verbleiben dem Treiben dieser Leute wenigstens einigen Damm entgegensetzen zu können.“ Als ich hierzu ungläubig lächelte, und ihre Äußerung für einen Scherz erklärte, ging sie auf eine Begründung ihrer Behauptung ein und führte genau an, wo dieser oder jener Minister geraubt, geplündert und gestohlen habe und einige moldauische Stabsoffiziere in Uniform, darunter Adjutanten des Fürsten selbst bestätigten und vermehrten die chronique scandaleuse, die diese Dame von den Kollegen ihres Mannes gab. . . .

## B. Standpunkt der Parteien im Lande.

Aus der soeben alleruntertänigst dargestellten Haltung der Regierung geht schon hervor, daß dieselbe getrachtet hat, eine Partei im Lande zu bilden, welche das Verbleiben desselben in den bisherigen mangelhaften Zuständen verfißt. Zu dem Behufe, obwohl der Kaimakam reglementsmäßig nicht dazu berechtigt ist, sind alle Beamte gewechselt, die nicht unbedingt die Garantie einer Wirksamkeit gegen die Union und ihre Konsequenzen darboten. Da sich dazu nur die allerunwürdigsten Subjekte gefunden haben, so besteht die Regierung des Kaimakams in allen Abstufungen der Hierarchie nur aus dem Schmutz der hiesigen korruptierten Gesellschaft, und dieser Schmutz bildet sonach auch den wesentlichen Bestandteil der antiunionistischen Partei. Eine antiunionistische Partei besteht sonach und sie ist gleichbedeutend mit Regierungspartei.

Von zwei Seiten her wird diese antiunionistische oder Regierungspartei teils direkt, teils indirekt unterstützt.

Direkt durch die offene Parteinahme der österreichischen Regierung und ihrer Organe für dieselbe, namentlich des hiesigen Konsuls Gödel, welcher den antiunionistischen Beamten österreichische und türkische Dankbarkeit aller Art in Aussicht stellt und den Einfluß, den ihm die zahlreiche und reiche österreichische Bevölkerung im Lande in die Hand gibt, anwendet, um durch dieselbe ebenfalls in diesem Sinne wirken zu lassen, sowie durch den Rückhalt, den die Beamten schließlich auch in Konstantinopel zu finden wissen.

Indirekt durch eine kleine Zahl von Bojaren, aber aus den angesehensten Persönlichkeiten, welche zwar aus ihrer Ansicht von der Notwendigkeit der Union unter einem fremden Erbfürsten in vertraulichen Gesprächen nicht den mindesten Fehl machen, damit aber nicht öffentlich vortreten, weil sie glauben, daß alle Wirksamkeit in diesem Sinne doch keinen Erfolg haben wird, weil sie annehmen, daß die Mächte doch schon einig seien, es zu nichts kommen zu lassen, mit einem Worte, weil es ihnen an Vertrauen zu dem festen Willen der Mächte fehlt, etwas Ernstliches für die Verbesserung ihrer Lage zu tun. Sie glauben nur an eine eitle Replatrage, an eine unwürdige Komödie.

Die herabgedrückte Meinung dieser Leute, die sich für am besten unterrichtet halten, und es vielleicht auch sind, wird nun durch die Regierung sowohl, als durch die österreichischen Organe dahin ausgebeutet und noch mehr herabgedrückt, daß beide die Nachricht verbreiten, daß Frankreich und England darüber schon einig seien, die Frage des fremden Fürsten auch nicht einmal debattieren zu lassen, und von der Union ohne den fremden Fürsten will hier niemand etwas wissen. Man hält sie, und mit Recht, für eine Vergrößerung eines bestehenden Übels.

Alles was nicht in diese Kategorie der Regierungsbeamten und Vertrauenslosen fällt, mithin die große Mehrheit der Nation, die bei weitem überwiegende Anzahl der Bojaren, der gesamte hohe und niedere Klerus, alle mittleren Stände, selbst die Bauern, soweit sie, was jedoch nur in seltenen Ausnahmen

der Fall ist, irgendwelche politische Ansicht haben, sind unbedingt für die Union unter einem fremden erblichen Fürsten, und sprechen ihr Verlangen danach offen aus.

Zu den Ständen, welche ihr Vertrauen in die redlichen Absichten der Mächte noch am wenigsten aufgegeben haben, und, indem sie an dem guten Willen derselben festhalten, um so indignierter sind über das Verhalten der hiesigen Regierung, gehört der Klerus mit dem Metropolit und den Bischöfen an der Spitze. In den mehrstündigen vertraulichen Unterhaltungen, welche ich zu verschiedenen Malen mit diesen Würdenträgern der Kirche gehabt habe, brachen dieselben in laute und schmerzliche Klagen darüber aus, daß die Regierung, wie sie sagten — und ich bediene mich hierbei ihrer eigenen Worte —, es sich zur Aufgabe gemacht habe, die edlen Intentionen der Großmächte durch eine dem Sinne und dem Geiste des Berufungsfirman's widerstrebende Auslegung zu vereiteln. Der Kaimakam habe ihnen die bestimmte Weisung erteilt, ihrerseits dem Klerus eine völlige Teilnahmslosigkeit mit Rücksicht auf die Wahlen einzuschärfen. Was das Verhalten der Regierung dem Volke gegenüber beträfe, so wende dieselbe alle Mittel an, Unruhen hervorzurufen. Sie trachte danach, die Gemüter zu erbittern und ein Überschreiten der Grenze der Mäßigung herbeizuführen, innerhalb welcher man sich bisher ununterbrochen gehalten habe. Hierbei gehe die Regierung von der Ansicht aus, daß, wenn nur diese Grenzen einmal überschritten worden seien, ihr dann ein hinlänglicher Grund zu Seite stehen würde, das Land von neuem durch fremde Truppen besetzen zu lassen. Eine erneute fremde Okkupation, dies sei das Ziel, welches die Regierung mit allen Kräften erstrebe; denn sie glaube, daß sie durch jene den freien Ausdruck der Volkswünsche niederhalten und ersticken könne. Sie (Metropolit und Bischöfe) hegten die zuversichtliche Hoffnung, daß die Kommissäre dem eben geschilderten Zustande ein Ende machen würden, einem Zustande, welchen sie nur eine Schlinge nennen könnten, in welche sie die Regierung mit aller Macht hineinzuziehen suche. Um die Gemüter zu entfremden, entblöde sich die Regierung nicht, dieselben dem Volke verdächtig zu machen, indem sie offen verkünde, daß jene in das Land kämen, lediglich um die Revolution in dasselbe hineinzutragen. Auch darüber sprachen sie sich später gegen mich aus, daß ihnen der türkische Kommissär Sarjet Effendi ohne allen Umschweif erklärt habe, daß wenn der Klerus fortfahre, für die Union gestimmt zu sein, und somit Aufregung ins Land brächte, eine türkische oder österreichische Okkupation den Klerus und das Land zur Vernunft bringen werde. Sie schlossen damit, daß, wenn es sich um die Alternative handelte: Union der Fürstentümer ohne erblichen fremden Fürsten oder fortgesetzte Trennung derselben unter zwei solchen erblichen Fürsten, sie ohne Bedenken der letzteren Alternative den Vorzug geben würden.

Was die sonstigen Bestandteile der nationalen Unionspartei betrifft, die sich in bestimmte organisierte Vereinigungen zum Zwecke der Durchsetzung ihrer

politischen Tendenzen bei den bevorstehenden Wahlen gegliedert hat, so stimmt dieselbe im allgemeinen vollkommen mit den vom Klerus geäußerten Ansichten überein. Die Bildung der Unionspartei in den Fürstentümern, die bekanntlich von der Moldau ausging, ist — und darüber waltet nicht der mindeste Zweifel ob — ursprünglich von der französischen Regierung durch ihre hiesigen Organe angeregt worden. Nur mit Rücksicht darauf, daß eine so bedeutende Großmacht wie Frankreich die Idee der Vereinigung unter ihren Schutz genommen, hat man an die Möglichkeit ihrer Ausführung geglaubt, und von diesem Zeitpunkte an datieren sich die Bestrebungen für dieselben. Die Organe der kaiserlichen Regierung hieselbst haben daher sowohl auf die Bildung dieser Vereinigungen als auf ihre Wirksamkeit einen unmittelbaren und wesentlichen Einfluß ausgeübt.

Als die Idee des fremden Erbfürsten, unter welcher das Unionsprojekt überhaupt nur Eingang und Bedeutung gewann, in unvermeidlichen Vordergrund trat, haben die französisch-konsularischen Organe die Möglichkeit der Union auch nach dieser Richtung hin immer noch festgehalten. Sie haben natürlich keine Zusicherungen über den fremden Erbfürsten gegeben, aber niemand hat zweifelhaft sein können, daß der fremde Erbfürst der französischen Regierung annehmbar erschien und daß sie geneigt sein würde, derselben ihre Unterstützung zu leihen. In diesem Sinne hat man auch die Äußerungen des Baron Talleyrand aufgefaßt, als dieser im Juli vorigen Jahres auf seiner Reise nach Konstantinopel die Fürstentümer berührte und dadurch der Unionsidee neue Nahrung gab.

Wenn nun in der neuesten Zeit dieselben Organe ihre Sprache dahin näher formuliert haben, daß man zwar an dem fremden Erbfürsten insofern festhalte, als dieser das notwendige Resultat der Union sein müsse, oder mit anderen Worten, daß man durch die Union zum fremden Erbfürsten zu gelangen habe, und sie demgemäß empfohlen haben, die Frage des fremden Erbfürsten als unzeitig und die eigentliche Absicht zu offen darlegend einstweilen beiseite zu lassen, so hat diese näher formulierte Anschauung keinen Eingang bei der unionistischen Partei gefunden, die sonach, ganz vereinzelt Ausnahmen abgerechnet, welche sich dem mot d'ordre der französischen Regierung unbedingt gefügt haben, in ihrer entschiedensten Allgemeinheit den fremden Erbfürsten fortlaufend an die Spitze ihres Programms stellt. Ohnehin hätte es auch dem blindesten Auge klar sein müssen, wohin die Union führe, und daß die Tendenz zum fremden Erbfürsten auf diese Weise doch nicht zu verbergen gewesen wäre. Diese Partei stimmt daher, wie sich von selbst versteht, in das Klagegedicht des Klerus über die Regierung mit vollen Tönen ein. (Schluß dieses Berichtes folgt)

